

Markus Dufner

Geschäftsführer des Dachverbands



**Rede auf der Hauptversammlung der Deutschen Post DHL AG
am 29.05.2013**

--- Es gilt das gesprochene Wort. ---

Sehr geehrte Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorstands der Deutschen Post DHL AG,
sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre!

Der Dachverband der Kritischen Aktionäre vertritt 32 Mitgliedsorganisationen und Bürgerinitiativen, die sich für Umweltschutz, die Einhaltung der Menschenrechte und gegen Rüstungsproduktion einsetzen.

Seit mehr als einem Jahr versuchen Beschäftigte bei DHL Logistics in der Türkei, eine Gewerkschaft zu gründen. In Reaktion darauf hat das Management Beschäftigte offenbar wegen ihrer Gewerkschaftsaktivitäten entlassen und diverse andere aggressive und illegale gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen ergriffen. Hier einige Feststellungen, die im

Report „Aggressiv und gesetzeswidrig: Ein Bericht über Aktivitäten der Deutsche Post DHL in der Türkei („Aggressive and unlawful“) von John Logan

getroffen werden:

Zu gewerkschaftsfeindlichen Taktiken von DHL gehört Folgendes:

1. Mindestens 21 Kündigungen – offenbar wegen Gewerkschaftsmitgliedschaft, aber unter dem Vorwand von „unbefriedigenden Leistungen“, Sicherheitsverstößen oder anderen vagen Verletzungen der Unternehmensrichtlinien.

2. Ausübung von Druck auf Beschäftigte (entweder durch Entlassungsdrohungen oder finanzielle Anreize), notariell beglaubigte Erklärungen ihres Gewerkschafts Austritts zu unterschreiben.
3. Direkte Warnungen an Beschäftigte durch das Management, dass die gewerkschaftliche Organisierung dem Unternehmen und auch ihren eigenen Karrieren bei DHL schaden würde.
4. Eindeutige gewerkschaftsfeindliche Drohungen seitens des Managements, die darauf abzielen, am Arbeitsplatz eine Atmosphäre der Angst und Einschüchterung zu schaffen.
5. Abwertende Äußerungen über die Gewerkschaft direkt vor den Beschäftigten, darunter auch Andeutungen, dass die Gewerkschaft Verbindungen zu einer bekannten terroristischen Organisation habe.
6. Fälle, in denen das Management Beschäftigte von DHL Logistics daran gehindert hat, in Arbeitspausen und außerhalb des Betriebsgeländes mit Gewerkschaftsvertreter/innen zu sprechen.
7. Management-Diskriminierung von Beschäftigten aufgrund ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft.
8. Vom Management geleitete „Fortbildungsveranstaltungen“, bei denen Beschäftigte vor dem Eintritt in die Gewerkschaft gewarnt werden.
9. Überwachung der Streikposten und Diskriminierung von Beschäftigten, die Streikposten besucht haben.
10. Änderungen des Arbeitsumfelds, die Beschäftigte davon abhalten sollten, mit Gewerkschaftsvertreter/innen zu kommunizieren und untereinander über die Gewerkschaft zu sprechen.

Diese gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten sind nicht einfach das „vereinzelte Fehlverhalten“ einiger weniger übereifriger Manager vor Ort, sondern vielmehr Teil einer anhaltenden und systematischen Strategie, die darauf abzielt, die Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten zu beschränken. Und statt aufrichtige Bemühungen zur Korrektur dieses Fehlverhaltens zu unternehmen, hat die Deutsche Post DHL versucht, Vorwürfe von Arbeitsrechtsverletzungen zu diskreditieren – trotz überzeugender Beweise aus verschiedenen Quellen.

- Herr Dr. Appel, bitte nehmen Sie ausführlich Stellung zu den Vorwürfen!
- Ein Gericht hat die Unrechtmäßigkeit dieser Kündigungen bestätigt und fordert Wiedereinstellung der Arbeiter. Herr Dr. Appel, warum entscheidet sich die DHL trotzdem für Abfindungszahlungen? Ist das Ziel, bei den niedrigen Löhnen mit entsprechend geringen Abfindungen günstig davon zu kommen?

- TÜMTIS hat versucht, mit dem Management vor Ort Kontakt aufzunehmen. Warum gibt es seitens des DHL-Managements keinerlei Entgegenkommen?
- Wie häufig kam es vor, dass das Management Gewerkschaftsmitglieder einzeln vor die Wahl stellte: Arbeit oder Gewerkschaft?
- TÜMTIS fordert, entlassene Mitarbeiter wieder einzustellen und die Gewerkschaft anzuerkennen. Herr Dr. Appel, sind Sie bereit dazu? Wenn nein: Warum nicht?
- TÜMTIS-Präsident Kenan Öztürk fordert am 29. April in Istanbul die deutsche Regierung auf, bei Deutsche Post DHL zu intervenieren. Der Direktor für Marktforschung in der deutschen Botschaft versprach, das Thema im deutschen Außenministerium zur Sprache zu bringen. Kennen Sie das Ergebnis dieser Intervention? Wie lautet es?

Vor drei Jahren musste sich die Deutsche Post mit Vorwürfen auseinandersetzen, „DHL“ stehe für „Deutsche Heeres Logistik“. Nun zeigt die Deutsche Post einmal mehr, dass Sie im

Einsatz für die Bundeswehr

ist . Konkret geht es um die neue Briefmarke "Bundeswehr - Im Einsatz für Deutschland", die am 6. Juni erscheinen soll.

Wer genauer hinsieht, erkennt auf der 58-Cent-Sondermarke „stilisierte Menschen: Frauen, Männer, Kinder, Familien“, so die Bildbeschreibung auf der Internetseite der Bundeswehr. „Es sind wohl die Menschen, die Deutschland als Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr dienen. Aber auch diejenigen, die als deren Angehörige hinter ihnen und ihrem Einsatz im Ausland stehen.“

Herr Dr. Apel, wir vom Dachverband finden - wie viele andere friedlich gesinnte Menschen – eine solch unverhohlene Werbung für die Bundeswehr nicht gut. Die Bundeswehr ist seit den 90er Jahren wieder im Ausland aktiv. Die Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan haben viele Zivilisten und auch Bundeswehrsoldaten das Leben gekostet.

- Herr Dr. Appel, ist Ihnen bekannt, dass seit 1992 bereits mehr als 100 Bundeswehrangehörige starben?

Deshalb fordere ich die Deutsche Post DHL auf, auf die Verbreitung der Bundeswehr-Marke zu verzichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Dachverband der Kritischen
Aktionärinnen und Aktionäre vertritt 32
Mitgliedsorganisationen und
Bürgerinitiativen, die sich für Umweltschutz,
Menschenrechte und gegen
Rüstungsproduktion einsetzen.



www.kritischeaktionaeere.de
